

# ANTIZIGANISMUS UND WOHNEN

ANALYSE DER VORFÄLLE  
VON 2022 BIS 2025

Bericht der Melde- und Informationsstelle  
Antiziganismus / MIA



# Veröffentlichung des 4. MIA-Schwerpunktberichts *Antiziganismus und Wohnen*

15. April 2026

15:00-18:00 Uhr

Bildungsforum gegen Antiziganismus



Eröffnung  
und  
Begrüßung

**Mustafa Jakupov**

Stellvertretender Leiter MIA Bund





# Vorstellung der MIA- Publikation *Antiziganismus und Wohnen*

**Dr. Thomas Erbel**

Autor der Studie und Mitarbeiter  
bei Amaro Drom e.V.

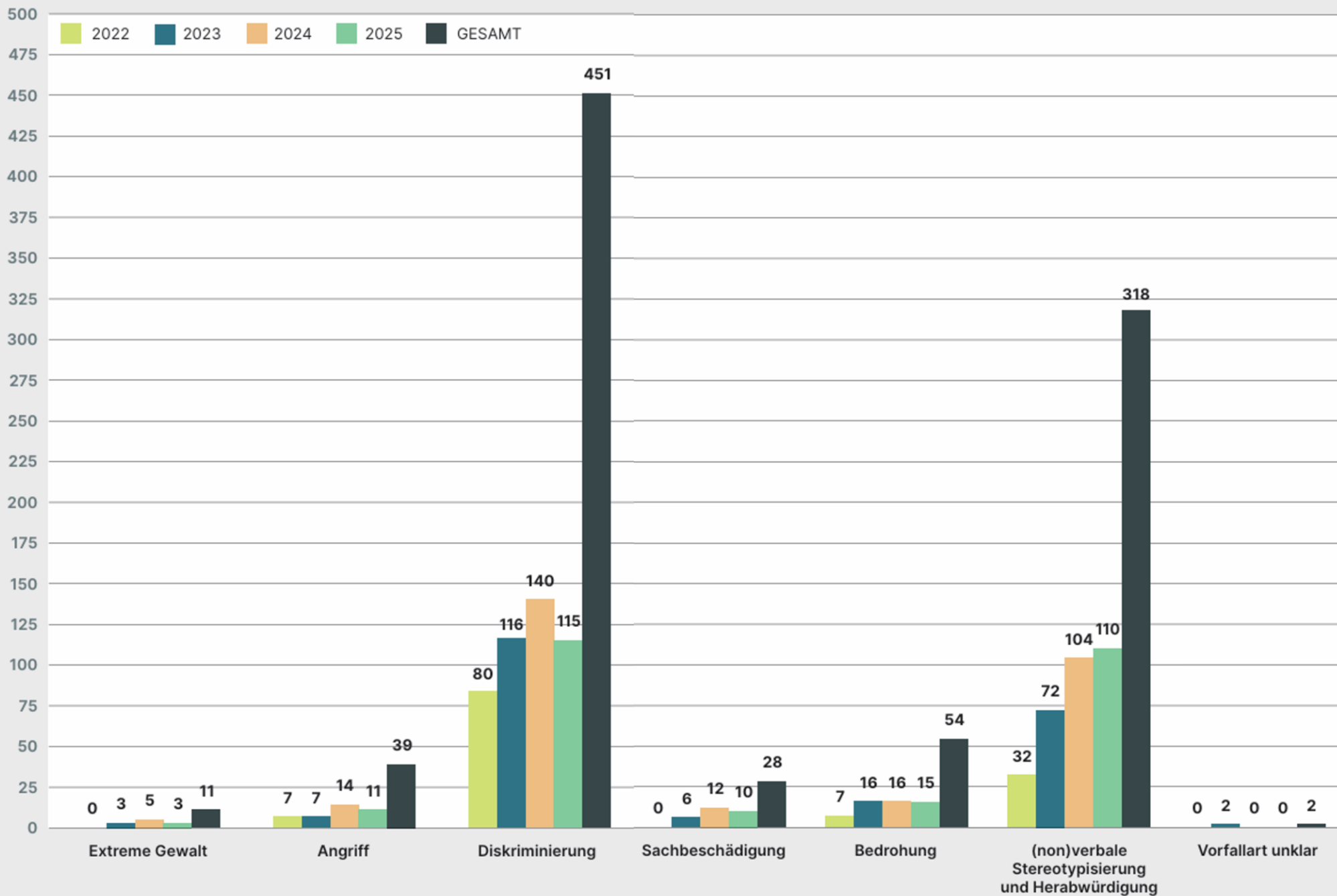


# Antiziganismus und Wohnen

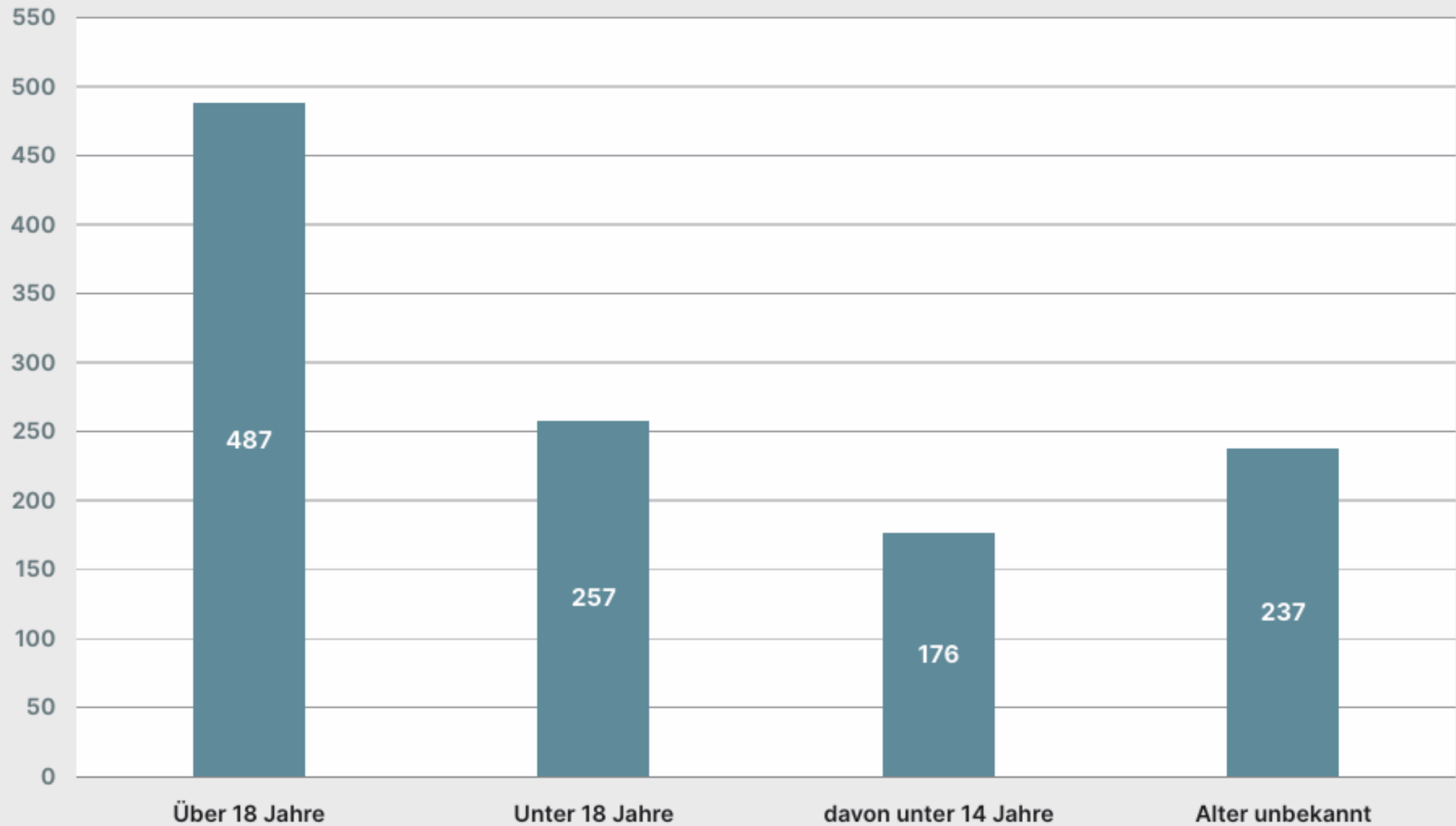
## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Methodik und statistische Auswertung
3. Qualitative Auswertung der antiziganistischen Vorfälle mit Wohnbezug
  - Antiziganismus bei der Wohnungssuche
  - Antiziganismus im Wohnumfeld
    - Antiziganismus in der Nachbarschaft
    - Diskriminierung durch Vermieter\*innen und Hausverwaltungen
    - Sinti-Siedlungen
  - Antiziganismus in Geflüchtetenunterkünften
  - „Schrottimmobilien“ und Zwangsräumungen
  - Polizeiliche Übergriffe im Wohnkontext
4. Fazit
5. Handlungsempfehlungen

## Vorfällarten (2022-2025)



## Vorfälle nach Alter der Betroffenen (2022–2025)



# Antiziganismus bei der Wohnungssuche

Ein junger Rom findet über die Kleinanzeigen im Internet eine Wohnung und schreibt dem Vermieter eine Nachricht, die dieser freundlich und positiv beantwortet. Bei der Besichtigung verhält sich der Vermieter jedoch völlig anders und verwehrt dem jungen Mann den Zugang zur Wohnung. Als dieser ihn nach den Gründen fragt, sagt der Vermieter: „Na ja, du hättest sofort sagen sollen, dass du Z\*\*\*\*\* bist. Ihr seid doch sowieso alle Betrüger. Jetzt bist du allein, aber morgen kommst du mit zehn anderen Z\*\*\*\*\*.“ (Vorfall 2024)

# Antiziganismus bei der Wohnungssuche

Eine Sinteza wartet schon seit langer Zeit auf Angebote für Mietwohnungen bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Als sie sich mehrmals an die Wohnungsbaugesellschaft wendet, um sich nach dem Stand ihrer Bewerbung zu erkundigen, wird sie in diskriminierender Weise abgewiesen. Man teilt ihr mit, dass sie noch Jahre auf eine Wohnung warten könne. Die Erfahrungen anderer Sinti mit der Wohnungsbaugesellschaft zeigen, dass alle nur in einer bestimmten Straße eine Wohnung angeboten bekommen. (Vorfall 2025)

# Antiziganismus in der Nachbarschaft

Eine Sinti-Familie mit zwei Kindern, die seit einem Jahr in einer neuen Wohnung lebt, ist den permanenten Beschwerden ihrer direkten Nachbar\*innen ausgesetzt. So beschweren sich die Nachbarin und ihr Sohn wiederholt, dass die Kinder zu laut durchs Treppenhaus laufen würden. Auch wird der Familie das Müllproblem im Hof vorgeworfen. Dabei teilen sich acht Häuser einen Müllraum, der bereits beim Einzug der Familie völlig überfüllt und verschmutzt war. Als es wieder zu einem Gespräch kommt, sagt der Sohn zu seiner Mutter: „Was diskutierst du noch mit diesen Drecksz\*\*\*\*\*.“ Erst da wurde der Familie der antiziganistische Ursprung der Beschwerden bewusst. (Vorfall 2022)

# Antiziganismus in der Nachbarschaft

Ein Nachbar bedroht eine zur Minderheit gehörende Frau über sechs Monate lang. Er steht unter anderem mit einem Baseballschläger vor ihrer Tür und beschimpft die Frau lauthals mit sexistischen sowie antiziganistischen Beleidigungen, darunter die antiziganistische Fremdbezeichnung. Nachdem sich die Frau bei der Polizei beschwert hat, verfügt das Amtsgericht, dass sich der Nachbar der Betroffenen nicht mehr nähern darf. Diese Verfügung verletzt er. Die Frau fühlt sich nicht mehr sicher. Ihr Unsicherheitsgefühl ist so groß, dass sie sich nicht mehr allein zum Briefkasten traut. Sie zieht schließlich aus ihrer Wohnung aus. (Vorfall 2024)

# Diskriminierung durch Vermieter\*innen und Hausverwaltungen

Eine Roma-Familie hatte Verwandte zu Besuch. Die Nachbar\*innen informieren den Vermieter und äußern sich antiziganistisch. Sie behaupten, dass die Roma-Familie ihre Wohnung illegal untervermiete. Man wisse ja, wie diese Menschen seien. Der Vermieter droht daraufhin sofort mit einer Kündigung, die jedoch nach Einspruch der Familie zurückgenommen wird. Dennoch fürchtet die Familie weiterhin, aufgrund des Vorfalls ihre Wohnung zu verlieren. (Vorfall 2023)

# Diskriminierung durch Vermieter\*innen und Hausverwaltungen

Mehrere Familien, die alle der Minderheit angehören, sowohl Sinti als auch Roma, wohnen in einem Haus. Der Vermieter will die Familien zum Auszug bewegen, weil er angeblich abreißen und neu bauen möchte. Da die Familien sich weigern, beziehungsweise einfach keinen anderen Wohnraum finden können, schaltet der Vermieter im Winter die Heizung komplett ab – mit erheblichen Folgen für die Familien. Die Kinder sind nun ständig krank und fehlen häufig in der Schule. Die Schule und die Schulsozialarbeit setzen die Familien unter Druck und drohen sofort mit Konsequenzen in Form von Meldung ans Jugendamt und Entzug des Sorgerechts. (Vorfall 2023)

# Sinti- Siedlungen

„Nur wenn die Z\*\*\*\*\* erkennen, dass sie unter ständiger und lästiger Kontrolle stehen, wird ihnen der Aufenthalt verleidet werden, und sie werden alsdann die Dauer ihres Verbleibens verkürzen.“

Aus einem Amtsschreiben eines Freiburger Stadtdezernenten an die örtliche Polizeidirektion

In: Widmann, Peter (2001): An den Rändern der Städte. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik. Berlin: Metropol Verlag, S. 42.

# Sinti- Siedlungen

In einer deutschen Großstadt, in der Sinti in einem Stadtteil segregiert in einer Straße wohnen, die von Armut und sozialer Benachteiligung geprägt ist, ist ebendort ein Neubauprojekt geplant. Bei einer Informationsveranstaltung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, die die Nachverdichtung im Stadtteil plant, sind viele Sinti vor Ort und kritisieren, dass sie in die Planungen nicht einbezogen werden und die geplanten hochstöckigen Gebäude so dicht an ihre Wohnhäuser heranrücken, dass ihre Privatsphäre eingeschränkt werde. Struktureller Antiziganismus wird vor allem dadurch deutlich, dass die Wohnungen der Sinti-Siedlung seit Jahrzehnten sanierungsbedürftig sind, kein Geld für soziale Infrastruktur im Stadtteil bereitgestellt wird, aber kommunales Geld für den Neubau von Eigentumswohnungen übrig ist. (Vorfall 2024)

# Antiziganismus in Geflüchteten- unterkünften

Eine ehrenamtliche Helferin meldet, dass in der Geflüchtetenunterkunft ihrer Gemeinde fast ausschließlich Roma aus der Ukraine leben. Sie berichtet von sehr schlechten Unterbringungsbedingungen: „Feldbetten, keine Trennwände, nur spartanische Waschvorrichtungen“. (Vorfall 2024)



# Antiziganismus in Geflüchteten- unterkünften

Während einer Begehung einer Geflüchtetenunterkunft äußert eine leitende Mitarbeiterin des Landkreises abfällige und antiziganistische Äußerungen über Roma. Während sie auf Kinder zeigt, sagt sie: „Die vermehren sich wie die Ratten“ und fügt hinzu, dass sich die Roma nicht integrieren ließen und dies auch gar nicht wollten. Zudem äußert sie pauschalisierende Vorurteile über die angeblich unhygienischen Lebensbedingungen der Roma-Familien. (Vorfall 2024)

# „Schrott- immobilien“ und Zwangs- räumungen

„Sobald die Nutzung aus Sicherheits- und Brandschutzgründen untersagt ist, müssen die Bewohner\*innen umgehend ihre Wohnungen verlassen. Sie erhalten dafür blaue Plastiksäcke, in die sie ihr Hab und Gut einpacken können, während sie Möbel und Großgeräte zurücklassen müssen. Die Bewohner\*innen bekommen Kontaktdaten der Notstelle für Wohnungshilfe und eine Notunterkunft angeboten. (...) Die Personen, die so binnen weniger Stunden ihre Wohnungen verlieren, erhalten danach auf Anfrage Termine, an denen sie ihre Möbel abholen oder einen Umzug organisieren können. Wenn eine Person zum Zeitpunkt der Räumung nicht zuhause ist, weil sie arbeitet oder im Urlaub ist, steht sie hinterher schlichtweg vor verschlossenen Türen. Die Betroffenen werden von Amts wegen an ihrer Meldeadresse abgemeldet und gelten nicht mehr als Einwohner\*innen der Stadt. Die Familien verlieren mit ihrer Meldeadresse ihre Ansprüche auf Bürger- oder Kindergeld, die nunmehr obdachlosen Kinder werden von der Schule abgemeldet.“

In: Schlee, Thorsten und Wiese, Lena (2024): Wohnungsräumung statt Problemlösung: Wie Kommunen mit Zuwanderung aus Südosteuropa umgehen, DeZIMinutes 15, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), S. 2.

# Polizeiliche Übergriffe im Wohnkontext

Ein Rom möchte vor seinem Wohnhaus in sein Auto steigen, als zwei Polizisten auf ihn zukommen und nach seinem Ausweis fragen. Auf seine Rückfrage, warum sie seine Personalien wollten, erwidern die Polizisten, er solle einfach tun, was sie sagten. Als er ihnen seine Ausweisdokumente zeigt, behaupten die Polizisten, er sei nicht die Person auf dem Ausweis und fügen hinzu: „Ihr Z\*\*\*\*\* habt immer was am Laufen.“

Anschließend verlangen sie Zutritt zu seiner Wohnung. Der Sohn, der ihnen öffnet, fragt nach einem Durchsuchungsbeschluss, woraufhin ihn die Polizisten mit Wucht aus dem Weg schubsen und in die Wohnung eindringen, die sie ohne weitere Erklärung durchsuchen. Der Betroffene fragt mehrfach, was sie suchten. Die Polizisten wiederholen darauf nur: „Wir wissen, wie es bei euch Z\*\*\*\*\* läuft.“ Ohne etwas gefunden zu haben, verlassen sie schließlich die Wohnung.  
(Vorfall 2025)

# Fazit

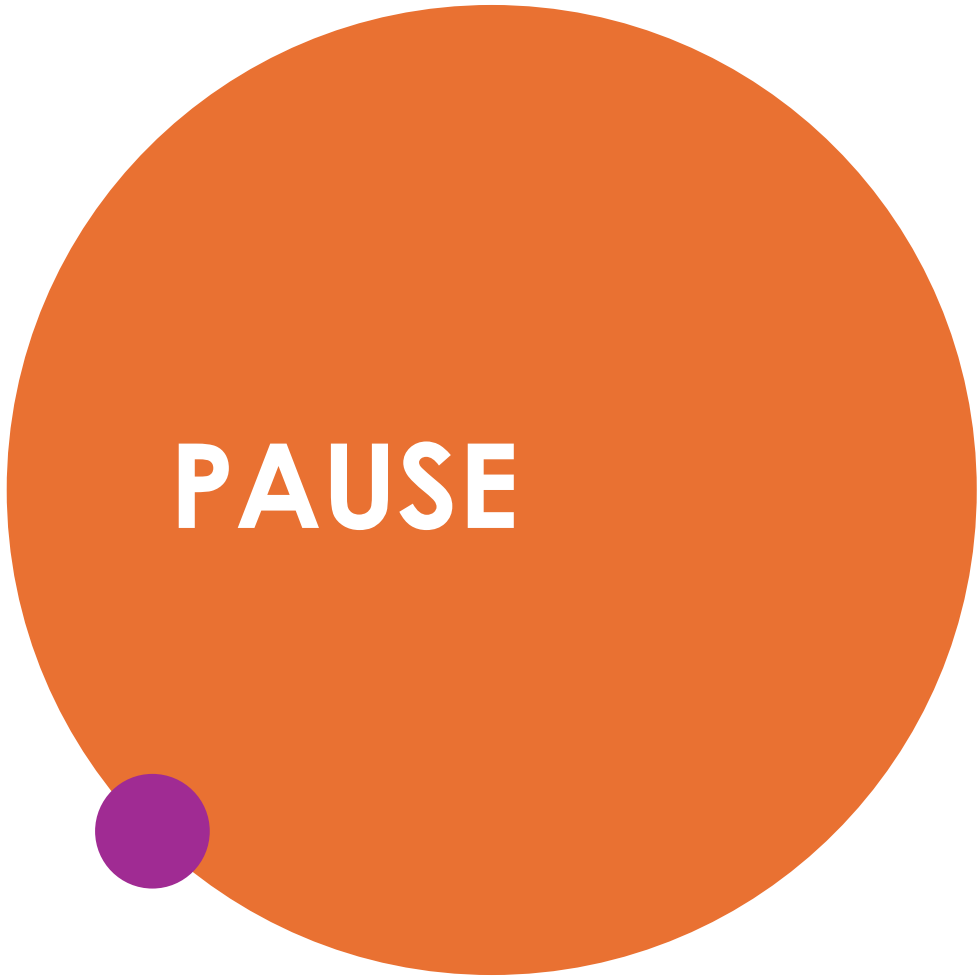
- Antiziganistisch motivierte Ausschlüsse vom Wohnungsmarkt
- Betroffene sind auch in ihrem privaten Wohnraum bzw. ihrem unmittelbaren Wohnumfeld nicht vor Diskriminierung, Ausgrenzung und Anfeindungen sicher
- Große Schnittfläche von individuellem, institutionellem und strukturellem Antiziganismus
- Ausgeprägte Angst vor Folgediskriminierungen
- Häufige gesundheitlichen Folgen antiziganistischer Vorfälle im Bereich Wohnen

# Handlungs- empfehlungen

- Abschaffung diskriminierender Ausnahmeregelungen im AGG und effektive Rechtsdurchsetzung
- Schluss mit Verdrängungspolitik bei „Schrottimmobilien“
- Sinti-Siedlungen sichern, sanieren und gemeinsam weiterentwickeln
- Segregation und Diskriminierung in Geflüchtetenunterkünften beenden
- Bekämpfung institutioneller Diskriminierung durch Behörden im Bereich Wohnen
- Verbindlicher Ausbau von Beratungs-, Monitoring- und Unterstützungsstrukturen

Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!





Eröffnung  
und  
Begrüßung

# Michael Brand

Parlamentarischer Staatssekretär und  
Beauftragter der Bundesregierung gegen  
Antiziganismus und für das Leben der Sinti  
und Roma in Deutschland



Eröffnung  
und  
Begrüßung

**Helge Lindh**

Mitglied des Bundestags (SPD)



## Podiumsdiskussion

**Moderation: Tina Jafari**, Mitarbeiterin  
Rechtshilfenetzwerk MIA Bund

### Podium (v.l.n.r.)

**Michael Windfuhr**, Stellvertretender Direktor des  
Deutschen Instituts für Menschenrechte

**Lena Wiese**, Vorsitzende des Vereins für die solidarische  
Gesellschaft der Vielen

**Siegfried Mettbach**, Vorstand des Sinti Verein Duisburg

**Petra Sejdi**, Mitarbeiterin bei MIA Sachsen / Romano  
Sumnal e.V.

**Dr. Thomas Erbel**, Autor der Studie und Mitarbeiter bei  
Amaro Drom e.V.



Essen &  
Get-  
together

